



9. Forderungen an Senat und Bürgerschaft

Seit über 30 Jahren leiden die Menschen an der BAB 7 unter dem Lärmterror und den Abgasen. Die verantwortlichen Politiker stehen sich aus ihrer Verantwortung für die betroffenen Menschen und suchen immer neue Argumente, um eine menschengerechte Lösung zu verhindern.

Die Autobahn wurde Anfang der siebziger Jahre errichtet, aber sie wurde nie vollendet, denn ein wirksamer Lärmschutz fehlt bis heute. Die Anfang der achtziger Jahre erst nach heftigen Protesten der Anwohner erstellten Wände und Wälle haben bestenfalls Alibicharakter, sie weisen keine schützende Wirkung auf. Daher fordern die betroffenen Anwohner nicht mehr und nicht weniger als einen Deckel als einzig wirksamen Lärmschutz und verwahren sich gegen die ständigen taktischen und einseitigen finanziellen Einwände der Politiker.



Die Autobahn wurde ohne Rücksicht auf die Anwohner durch ein hochverdichtetes Wohngebiet geschlagen, weil sie politisch gewollt war. Rücksichtnahme auf Menschen, Natur, Kosten spielten überhaupt keine Rolle - eine Vorgehensweise, die heute undenkbar wäre. Stadtreparatur ist deshalb angezeigt! Wir fordern eine Gleichbehandlung mit aktuellen Projekten.

Wir verlangen deshalb:

- eine umfassende Bewertung der mit dem Gesamtprojekt verbundenen Chancen für die "Wachsende Stadt"
- eine Wirtschaftlichkeitsprüfung ohne die enge Betrachtung ausschließlich haushaltsrechtlicher Bedenken



- eine ökonomisch sinnvolle long-run-Betrachtung mit allen positiven Effekten und nicht die Kurzsichtigkeit einer short-run-Bewertung, die für Infrastrukturinvestitionen unzureichend ist
- die Berücksichtigung des Gutachtens der PwC Deutsche Revision, das zu dem Urteil gelangt, dass dieses Projekt „bei rein finanzwirtschaftlicher Betrachtung ... für die FHH als wirtschaftlich eingestuft werden“ muss
- die Beachtung der einstimmigen Beschlüsse zur Realisierung des Projekts durch die Bezirksversammlung Altona
- die Berücksichtigung der Beschlüsse der Bürgerschaft.
-

Allen Entscheidungsträgern und ihren Zuarbeitern in Politik und Verwaltung ins Stammbuch:

- Bauen sie keine “Hamburger Mauer” als Lärmschutzwand, die im Zweifel die Lärmimmission sogar erhöht, die aber mit Sicherheit alle Chancen dieses einmaligen Leuchtturmprojekts zerstört.
- Die Spaltung Berlins wurde durch die Beseitigung der Berliner Mauer aufgehoben, Hamburg aber scheint die Stadt durch die Errichtung einer Hamburger Mauer in Altona Ost und Altona West spalten zu wollen. Die Politik und die Behörden müssen endlich ihrer Verantwortung für die Menschen, die Stadtteile, die Entwicklung Hamburgs nachkommen und sich mit uns gemeinsam um die Realisierung des Projekts bemühen.
Zeigen Sie endlich, dass das Projekt gewollt ist ohne “Wenn und Aber” und durch klare Entscheidungen für die Abdeckung.

Es darf einfach nicht sein, dass ausgerechnet Hamburg ständig provinzierisch und kleinmütig Bedenken trägt, während zahlreiche andere Städte in Deutschland ein Tunnelprojekt nach dem anderen zum Schutz ihrer Menschen realisieren. Hamburg darf nicht länger die Menschen an einer innerstädtischen Autobahn ungeschützt lassen. Zudem würden einmalige Entwicklungschancen und Einkünfte für die Stadt verspielt.